

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reichlichen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

№. 250

Dienstag den 25. Oktober 1932

90. Jahrgang

Der Kanzler vor dem Handwerk

Öffentliche Arbeiten in Höhe von 1/2 Milliarden, Beschäftigungsprämie für das Handwerk, Kapitalbeschaffung für das Gewerbe — Auseinandersetzung mit den Parteien — Die Staatsform

W. Berlin, 24. Okt. Die Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerks wurde mit einer kurzen Ansprache des Präsidenten der Handwerkskammer eröffnet, der vor allem dem Reichskanzler für sein Erscheinen den besondern Dank der Versammlung aussprach. Der Redner erklärte, Ueberwindung der Wirtschaftskrise durch persönliche, private Initiative als Kernpunkt des Aufbelebungsprogramms der Reichsregierung finde einmütigen Beifall des Handwerks. Obermeister Lohmann schilderte darauf die Not des Handwerkslandes. Der Redner klagte über zu hohe Beiträge für die Sozialversicherung und verlangte Neuordnung der gesamten sozialen Versicherung unter weitestgehender Einschaltung der berufshandlichen Selbstverwaltung. Auch die starke Zwangsüberwälzung der Löhne und die Gleichsetzung des Handwerks mit der Industrie auf diesem Gebiete werde vom Handwerk als handwuchlertragender Faktor an seiner Not angesehen, das die durch die letzte Notverordnung gewährte Entlastung des Tarifzwangs als ersten, aber belächelten nicht ausreichenden Schritt begrüße. Schwer getroffen sei das Handwerk durch die Verminderung des Binnenmarktes infolge Verdrängung der Kaufkraft des deutschen Volkes, Kürzung der Gehälter, wachsende Arbeitslosigkeit. Um wieder hoch zu kommen, erwarte es umfassende Arbeitsbeschaffung durch weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der Hausinstandsetzung sowie durch Staats- und Behördenaufträge. Obermeister Lohmann wandte sich dann gegen einseitige Unterstützung der Großwirtschaft durch den Staat auf Kosten der freierwerbenden Allgemeinheit und sprach im Zusammenhang mit Fragen der Hilfe gegen Bevorzugung der Landwirtschaft zu Ungunsten des Handwerks. Auch bei der staatlichen Förderung des Genossenschaftswesens fühle sich das Handwerk benachteiligt. Ueber diese und andere Einzelfragen hinaus treibe das Handwerk zu einer betrieblichen Berufsstandswirtschaft zu kommen, einem Ziel, dem alle seine Forderungen dienen. Das Handwerk rufe — mit selbstlosem Vertrauen zu der langersehnten starken und zielbewussten Staatsführung — dem obersten Beamten des Deutschen Reiches zu, dem Artikel 164 der Reichsverfassung, der Schutz und Förderung des selbständigen Mittelstandes verspricht, endlich wirklichen Sinn und Inhalt zu geben.

Hierauf ergriß der

Reichskanzler

das Wort zu längeren Ausführungen.

Er begrüßte zunächst die Gelegenheit, vor Vertretern des Handwerks, dessen Wünsche und Nöte die Wünsche und Nöte des ganzen Mittelstandes seien, nochmals die Grundlagen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung entwickeln zu können, und versicherte die Anwesenden, daß alles, was Handwerk und Mittelstand beuge und bedrücke, offenes Ohr bei der Regierung finde und ihr Veranlassung gebe, nach Binderung und Abhilfe zu suchen. Der Kanzler betonte sodann die Notwendigkeit, jede wirtschaftspolitische Maßnahme im Einklang mit dem großen Ziele, dem ganzen deutschen Volke zu dienen, zu bringen, und stellte fest, daß sich die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, die die Wirtschaft zu neuem Aufstieg führen sollen, als richtig erweisen haben.

Der Reichskanzler erläuterte zuerst die technische und praktische Umgestaltung des Planes, das Steuerzuschußsystem auch auf die Einkommensteuer auszuweiten. Wollte man aber auf keine Beiträge laufende Steuerzuschüsse unmittelbar in Verbrauch umsetzen, so würde man damit doch eine starke Ausweitung der Zahlungsmittel, unzweifelhaft eine wirklich begründete Inflationsgefahr heraufbeschwören. Wenn also Präsident Kapp in Münster gemeint habe, die Regierung unternehme „höchst gewagte Experimente“, so dürfe, betonte der Kanzler, diese Kennzeichnung weit zureisend auf den geschützten Vorschlag der Zentrumspartei anzuwenden sein. Die gegenwärtige Lage fordere ein

Wagnis zur Ueberwindung der Depression, nur müßten die Risikomöglichkeiten genau abgemessen sein und dürfen nicht außer Verhältnis zum erstrebten Erfolg stehen.

Das sei von der Regierung genügend berücksichtigt worden. Auch der Vorwurf, die Sorge der Regierung gelte in erster Linie der Großwirtschaft, verkenne die enge Verflechtung aller Zweige der Volkswirtschaft miteinander. Gerade im deutschen Osten habe sich die Schicksalsverbundenheit des deutschen Handwerks mit der Landwirtschaft erwiesen. Aber auch mit der Industrie seien Handwerk und Kleingewerbe auf das engste verbunden, was sich vor allem im Westen des Reiches erweise. Wenn die Fabrikfabrik tausend, regt sich auch in den Werkstätten des Handwerks neues Leben. Wenn der Bauer auskömmliche Preise erzielt, so legt er zu allererst den Handwerker in Lohn.

Der Kanzler schilderte weiter die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf die handwerkliche Wirtschaft.

Insgesamt würden in den nächsten Monaten öffentliche Arbeiten im Werte von nahezu 1/2 Milliarden Reichsmark in Auftrag gegeben werden. Eingehend erörterte Reichskanzler von Papen die Vorteile, die sich aus den Steuerzuschüssen und der Beschäftigungsprämie für das Handwerk ergeben. Gerade beim Handwerk sei eine Möglichkeit zur Reueinstellung gegeben und die Höhe der Prämie, etwa 1,30 RM. pro Arbeitstag, gebe die Möglichkeit, den Kunden in der Kalkula-

tion entgegenzukommen. Ausdrücklich sei bestimmt, daß Anspruch auf die Beschäftigungsprämie die Unternehmer sämtlicher gewerblichen Betriebe hätten. In Betrieben von juristischen Personen öffentlichen Rechts, oder wo das Gesellschaftskapital zu mehr als der Hälfte solchen Personen gehöre, würden Steuerzuschüsse für Mehrbeschäftigung nicht ausgegeben, wodurch die reinen Privatbetriebe vor den privatwirtschaftlichen Betrieben der öffentlichen Hand begünstigt würden.

In diesem Zusammenhang teilte der Kanzler mit, daß die Reichsregierung zur Zeit eine Verordnung vorbereite, die die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand einer periodischen Prüfung unabhängiger Stellen unterwerfe und eine Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand zum Ziele habe.

Der Kanzler verwies dann auf die Maßnahmen, die der besondern Not des Handwerkslandes Steuern sollen, wie die Vereinfachung von 50 Millionen Reichsmark für die Übernahme von Hausreparaturen. Da aus diesen Mitteln Zuschüsse in Höhe von 30 Prozent der bei größeren Instandsetzungsarbeiten erwachsenen Kosten gewährt würden, würden mit Hilfe dieser Reichszuschüsse Hausreparaturen in einem Umlaufe ausgeführt, der das Vielfache des Reichszuschusses betrage. Bereits in 10 Tagen seien, wie aus Kreisen des Handwerks mitgeteilt wurde, Anmeldungen für Reichszuschüsse an Hausgrundstücken in etwa 250 Orten im Gesamtbetrag von rund 23 Millionen RM. eingegangen. Insgesamt werde mit Auftragserteilungen von 300 bis 400 Millionen Reichsmark gerechnet.

Die gefährliche Schwarzarbeit

Weiter begründete der Kanzler, warum sich eine Kontrolle der so schwer schädigenden Schwarzarbeit für das Handwerk nicht ermöglichen lasse, da die Durchführung und Ueberwachung eines Kontrollapparats von so großem Ausmaße bedürfen würde, daß die Kosten in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolg ständen. Die Schwarzarbeit sei wirksam nur durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu bekämpfen. Eine Beeinträchtigung des Handwerks durch den freiwilligen Arbeitsdienst sei wegen dessen genauer Abgrenzung nicht zu befürchten.

Die Regierung sei sich aber bewußt, daß zur Uebernahme von Aufträgen besonders die kleinen und mittleren Betriebe der Zuführung neuen Kapitals bedürften. Sie habe deshalb der Bank für deutsche Industrieobligationen 50 Millionen Reichsmark Reichsschatkassenausweisungen zugeführt, die diese in die Lage setzen sollen, längerfristige Kredite an kreditbedürftige Unternehmer, insbesondere des Kleingewerbes, zu geben. Die Reichsregierung sei auch bereit, den gewerblichen Kreditgenossenschaften zu helfen, indem sie Reichsbürgschaften in einem Gesamtausmaß von 65 Millionen RM. übernehme, um die Zahlungsbereitschaft dieser Institute wiederherzustellen; ferner aber auch den gewerblichen Kreditgenossenschaften verlorene Zuschüsse, die sie aus eigener Kraft nicht auszugleichen vermögen, gewähre. Für diesen letzteren Zweck seien bereits 25 Millionen RM. ausgegeben worden. Eine begrenzte Fortführung dieser Maßnahme werde zunächst vorbereitet.

Der Kanzler verwies auf das

Anhalten der Besserung der Weltwirtschaftslage.

so daß das Vertrauen in eine günstigere wirtschaftliche Fortentwicklung wieder gerechtfertigt sei. Allenfalls dränge der in der Depression aufgetauchte Erneuerungsbedarf, insbesondere an Fabriken und Wohnhäusern, nach Verdrängung. Dieser Bedarf sei der beste und nachhaltigste Anstoß für einen Wiederaufstieg der Produktion. Erleichternd komme hinzu, daß die Geldflüssigkeit auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten großer sei, als je zu beobachten war. Diese Bewegung greife bereits auf Deutschland über. Die Reichsregierung werde sich eine weitere Senkung des Reichsdiskonts angelegen sein lassen. Dem werde sich schrittweise das ganze Insektivum des Landes anpassen, so daß auch der letzte Kreditnehmer mit verringerten Produktionskosten rechnen könne. Die bleibende

Bedeutung des Handwerks im Bau der Gesellschaft

und des Staates liege darin, daß es einen Berufsstand darstelle. Wer die marxistische Idee des Klassenkampfes ablehne, werde in der Ausgestaltung der Berufsstände und der Arbeitsgemeinschaft den Weg zur Volksgemeinschaft finden.

Antwort an das Zentrum

Die programmatischen Ausführungen des Führers der Zentrumspartei in Münster hätten, wie der Kanzler fortführte, für eine staatsbehaltende Partei ein allzureichliches Maß von Verneinung enthalten. Der Führer des Zentrums stelle in dem Bestreben, seine Partei und das Parlament von den Vorgängen des 12. September reinzuwaschen, die Dinge auf den Kopf, wenn er behaupte, die Regierung habe eine Ausfrade geschickt und sei dem offenen Kampf mit dem Parlament ausgewichen. Das Gegenteil sei der Fall. Der Kanzler schilderte nochmals die Vorgänge im Reichstag und erklärte, niemals sei der Kadavergehörig, d. h. die politische Verfeinerung unseres Parteiwesens so in Erscheinung getreten, als in dem Augenblick, wo sich kein Arm rührte, um durch Widerspruch gegen den Mißtrauensantrag Lagers den ordnungsmäßigen Ablauf der Debatte zu gewährleisten. Dieser Vorgang sei kennzeichnend für das Maß, mit dem die Parteibürokratie den Parlamentarismus unfruchtbar gemacht hat. Hier

Anzeigenpreis:

Der einseitige Zeitpreis 2000
beim Raum 2 Hpt., Restbetrag
40 Hpt. Restbetrag 100 Hpt.
Zuschlag. Offerte und Auftrags-
erteilung 20 Hpt. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Nachversprechens hinreichend
hoch, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ver-
einbarung erfolgt. Der Tarif-
berichtigungen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Bezugsort für beide Teile ist
Neuenbürg. Für telef. Aufträge
wird keine Gebühr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Sabotage von innen her

Wie ein ausländischer Beobachter Deutschland sieht

Unser Berliner Mitarbeiter hatte eine Unterredung mit einer politischen Persönlichkeit aus den Vereinigten Staaten, die sich seit einigen Wochen in Deutschland zum Studium der Verhältnisse aufhält.

„Vorher ich nach Deutschland kam, hielt ich mich einige Wochen in Paris und Genf auf und versuchte dort die Wirkungen der außenpolitischen Schenkung Deutschlands zu beobachten. Merkwürdigerweise ist dieser Eindruck in Paris härter als in Genf. Ich möchte meinen, daß der Eindruck der deutschen Schwächung in Paris nur wenig durch die tatsächlichen Vorgänge in Deutschland begründet ist. So unwürdig es ist, die Franzosen kennen noch wie vor überhaupt nicht die deutschen Verhältnisse, ihr Verhältnis zu Deutschland wird auch heute noch nahezu vollständig durch einen gefühlsmäßigen Haß bestimmt. Für den Franzosen mag er am 11. Mai 1918 oder im letzten Vorort von Paris sitzen, ist der Deutsche nach wie vor der revanchemüchtige Feind, der Elfenbeintürme nicht vergessen kann und lieber heute als morgen wieder über den Rhein kommt. Sogar das Reichsbanner war für Frankreich stets eine Kriegsorganisation und seiner Meinung nach liegen die deutschen Tanks und Bombenflugzeuge lenklos der russischen Grenze wohl verwahrt für den Angriff. Welche Deutschland sich im letzten Jahrzehnt noch so friedenswillig und bereit zur Verhandlung zeigen, — der Leitartikel über die deutsche Kriegsgeschichte sollte keinen Tag in der großen französischen Presse. Deshalb mußte die deutsche Aufkündigung der Selbstverteidigung hier auf jeden Fall wie eine Bombe wirken, da diese Dinge ja niemals sachlich, sondern stets gefühlsmäßig gewertet oder vielmehr ausgeschlachtet worden sind.“

War dieser Pariser Eindruck voranzutreiben, so ist der Genfer Eindruck des deutschen Vorgehens für mich zunächst unverständlich gewesen. In den Kreisen der Abrüstungskonferenz und auch im Völkerbund ist man über das deutsche Vorgehen zwar stark verärgert, — das Land zu erwarten. Die Internationale in Genf hat eine Entwicklung genommen, die in den letzten Jahren immer stärker zum Ausdruck kam: je mehr die europäischen Probleme in den Hintergrund gedrängt wurden, desto stärker kristallisierte sich das Genfer Völkerbundsdenken als Selbstzweck heraus. Die süßesten Köpfe haben hier in der Regel die größten Privatdomänen und sie fühlen sich als Solisten gekränkt, wenn im europäischen Konzert, auf einer der großen internationalen Konferenzen, eine grelle Disharmonie eintritt. Wichtiger als diese Verärgerung scheint mir jedoch zu sein, daß man in Genf den deutschen Erklärungen vorläufig nicht das Gewicht beilegt, das ihnen zukommt. Die Feinde Deutschlands operieren sehr geschickt. Ein härteres Argument als die Unterforschung gegen die deutsche Politik ist der ununterbrochene Hinweis auf die innenpolitischen Kämpfe in Deutschland, die eine starke außenpolitische Haltung Deutschlands nicht möglich machen.

In Deutschland selbst habe ich recht traurige Erfahrungen bestätigt gefunden. Als vor mehr als einem Jahre der Hoover-Plan verkündet wurde, hoffte Deutschland zusammen mit der ganzen Welt zuversichtlich auf eine Erleichterung, schon damals sprach man von der „Aufbelebung der Wirtschaft“. Damals sabotierte Frankreich den Hoover-Plan und aus dem Erfolg wurde ein Mißerfolg, weil die Entlastung sich härter nach unten, als die Hoffnung nach oben auswirkte. Das Lausanner Abkommen in Gemeinschaft mit der deutschen Wirtschaftsnotverordnung hatte eine noch härtere, innerlich begründete Wirkung als der Hoover-Plan. Mir scheint aber als gebe die neuerliche Sabotage von solchen Kräften aus, die in Deutschland selbst Heimatrecht haben und an einer Besserung der Verhältnisse mit am härtesten interessiert sind. Ich betrachte den vollständigen Wirtswart der politischen und wirtschaftlichen Parteien als eine Sabotage der außenpolitischen und wirtschaftlichen Position Deutschlands. Auch wir in Amerika haben zur gleichen Zeit einen Wahlkampf, seine Entscheidungen sind wichtiger als die aller gewöhnlichen Parlamentswahlen, weil der Präsident bei uns Autokrat ist, die wirtschaftliche Lage ist im Bezug auf Arbeitslosigkeit, Zusammenbruch usw. nicht viel besser als in Deutschland. Aber würde es irgend jemandem in Amerika, in England oder Frankreich einfallen, die Regierung mit allen Mitteln zu schwächen, ihr Krisengerichte anzuhängen, ihr niemals ausgesprochene außenpolitische Forderungen in den Mund zu legen, wie die radikale Opposition es tut? Würde man diese Wühlarbeit, die dem Willen des Präsidenten deutlich widerspricht, hineinbringen bis in die Kreise der Regierung? Und das in einem Augenblick, in dem der außenpolitische Erfolg Deutschlands für Jahrzehnte davon abhängig ist, ob es gelingt, die Welt von der starken Haltung Deutschlands zu überzeugen?

Ich würde wünschen, daß jeder Deutsche jetzt einmal die Verhältnisse Deutschlands von außen her sehen könnte, damit er erkenne, was ihm um seiner Außenpolitik und Wirtschaft willen nottut! Dann würde Deutschland zu einer keinen Notverordnung kommen, die wir in Amerika schon lange haben; es darf keine Parteiflagge geschickt werden, ohne daß daneben die Nationalflagge gesetzt wird...“

liege die tiefste Fehlerquelle des Nichtfunktionierens des politischen parlamentarischen Lebens, nämlich in der

Bergewaltigung der politischen Persönlichkeit durch die Parteimachinerie und Bürokratie

Ich habe, erklärte der Kanzler, nie die unentbehrliche Funktion von Geheimpartei für normales politisches Leben verkannt. Aber es wird Zeit, daß die zur Führung

Aus Stadt und Land

Nachdruck der Lokalberichte ohne Quellenangabe untersagt

solcher Bestimmungsgemeinschaft Versuchen endlich die individuelle politische Willensbildung wieder herzustellen und sie vor dem Fortschritt durch eine freie Majorisierung oder noch unfruchtbarere Parteibürokratie schützen. Es sei dem Volk viel lieber noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß eine Mehrheit des letzten Reichstages entgegen der ausdrücklichen Verfassungsbestimmung, wonach die Abgeordneten nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind, Befehle für ihr Handeln nicht einmal von ihren Fraktionsführern, sondern von Stellen erhielt, die mit dem Reichstag nicht das geringste zu tun haben.

Die Regierung lege ihre Aufgabe darin, die sozialen und politischen Einrichtungen wieder so aufzubauen und zu befestigen, daß eine neue unerschütterliche Grundlage für die Rechte des Volkes gelegt werde.

Die deutsche Wirtschaft werde nicht gefördert werden können ohne gleichzeitige Wiederherstellung geselliger politischer Verhältnisse. Man könne den politischen Verhältnissen keine feste und dauernde Gestalt geben, ohne Beseitigung der Fehler, die unsere Verfassung in den letzten 13 Jahren begangen hat. Das Volk müsse befähigt werden, seinen Willen nicht nur durch den Reichstag, sondern auch durch seine anderen Vertretungen geltend zu machen; dazu gehörten die Berufsvertretungen, die von ihm selbst geschaffenen Organisationen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Sie gehörten zu den Trägern des neuen Volkstaates.

Keine Restauration

Die Überwindung der Geißel der Arbeitslosigkeit und die Schaffung einer neuen brauchbaren Grundlage für das Verfassungsleben, fuhr der Kanzler fort, gebe dem Auslande die Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Deutschland. Daneben würden auch aufmerksam die Methoden verfolgt, mit denen eine gewisse deutsche Presse den Wahlkampf zu führen zu müssen glaube. Darunter falle das Geschrei von der bevorstehenden Restauration der Monarchie in Deutschland. Die Reichsregierung erkenne niemand im Auslande das Recht dazu, darüber zu urteilen, welche Staatsform für Deutschland die geeignetste sei. Darüber habe allein das deutsche Volk zu entscheiden. Aber, so wiederholt der Kanzler, es sei eine solche Fülle von Problemen zu lösen, daß die Regierung trotz sei, sich nicht auch noch um Fragen der Staatsform sorgen zu müssen. Diese Frage stehe nicht zur Debatte.

Ueber die Aufgaben der Regierung, Wirtschaftsprogramm und Verfassungsreform, werde man nicht bis zum 6. November urteilen können. Die Regierung werde die Auswirkungen in Ruhe und Festigkeit erwarten und sich keinen Fuß breit von ihrem Weg ablenken lassen.

Zum Schluß wies der Kanzler noch einen kurzen Rückblick auf die Zeit seiner Uebernahme des Kanzleramtes. Er erwähnte die Bezeichnung des deutschen Volkes von unerträglicher Säuberheit in Vansanne, die Anmeldung des unverzichtbaren Anspruchs auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit in Genf. Die Regierung wisse, daß sie mit dem Kampf um Recht und Freiheit die Forderungen der ganzen Nation erfülle.

„Ich muß es als den Gipfel blinder Parteilichkeit bezeichnen, wenn der Führer einer nationalen Bewegung aus unwahren Tatsachen dem Auslande Waffen gegen die eigene schwer ringende Regierung schmiedet.“

Ich belege dieses Verhalten im nationalen Interesse. Aber auch dieser Dolchstoß wird uns nicht verhindern, den Kampf um Deutschlands Recht gradlinig zu führen.“

Der Kanzler schloß mit der Versicherung, daß es in den vergangenen fünf Monaten noch keinen Tag gegeben habe, an dem die Reichsregierung nicht in allen ihren Mitgliedern völlig einig und geschlossen gewesen wäre, ohne Rücksicht auf Parteien, Klassen oder Interessengruppen ihre Pflicht gegenüber Gott und dem Vaterland zu tun. Der Wahlkampf „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland“ beendete die Ausführungen des Kanzlers.

Die Ausführungen des Kanzlers wurden durch den Beifall der Versammelten mehrfach unterbrochen. Am Schluß dankten die Anwesenden dem Kanzler durch minutenlanges Händeklatschen.

Falsche Gerüchte über den Gesundheitszustand des Reichspräsidenten

Berlin, 24. Okt. (Fig. Meldung.) Trotz der in letzter Zeit wiederholt gegebenen Dementis von zuständiger Stelle gehen in der Öffentlichkeit immer wieder falsche Gerüchte über den Gesundheitszustand des Reichspräsidenten um. Die Behauptungen, dem Reichspräsidenten gebe es nicht gut, werden am besten schon durch die Tatsache widerlegt, daß er am Samstag die 12 Olympiasieger empfing und überhaupt seine ständigen Einkünfte fortsetzt. Der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten ist ausgezeichnet.

Neuenbürg, 24. Okt. In einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach gestern abend im hiesigen Warenaale Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter Dr. Schott über die Frage: „Partei von Zentrum oder unabhängige Staatsführung?“ Ausgehend von der schweren Belogung, die der nunmehrige fünfte Gang zur Wahlurne für die Allgemeinheit bedeute, bezeichnete der Redner eine aktive Teilnahme an der Wahl des 6. November als von allen bisherigen doch die notwendigste, denn es gebe in ihr um die letzte Entscheidung der ganzen politischen Lage, um Deutschland überhaupt. Die letzten 13 Jahre dürften der Allgemeinheit Aufklärung genug gegeben haben, daß sie in Wirklichkeit keine Herrschaft der Demokratie, sondern eine solche der Parteidonzen gebracht hätten. Auch die Ständalprozesse der letzten Jahre von Barmer und Antiker bis zur letzten Ständalaffäre der Preußenkasse seien nur als eine Folge dieser Partei- und Bonzenherrschaft zu werten. Der heutige Zustand Deutschlands wäre daher allen jenen Parteien zu verdanken, die diese Politik bisher unterstühten. Schon 1918 im Herbst habe die Deutschnationale Partei mit dem Kampfe gegen das damals aufgerichtete System begonnen und immer noch vermisse man im politischen Leben Gerechtigkeit und Unparteilichkeit. Das sogenannte Weimarer System habe verlagert und habe die Staatsgeschäfte entgegen den Interessen des Volkes geführt. So habe es auch besonders die SPD, bei den Verhandlungen mit dem Auslande (Youngplan) immer wieder verhandelt, den deutschen amtlichen Vertretern in den Rücken zu fallen und so ihre Stellung zu schwächen. Ungehört seien damals die Warnungen Eugen Berghers, des „Katastrophenpolitikers“ verhallt, der klar wurde angenommen und unter der Last der auferlegten Verpflichtungen sei Deutschland zusammengebrochen. Gerade hier hätten die Weimarer Systemparteien vollständig verlagert und heute sei von ihrer ganzen Verfassung nur noch der § 48 übrig geblieben. Brünings „Ergebis“ seien 6 Millionen Arbeitslose und eine Unzahl toter Betriebe. Einzig und allein die Deutschnationale Volkspartei habe die Dinge immer richtig gesehen und wer die Vergangenheit richtig beurteilt, werde das auch für die Zukunft können. Wohl habe sie bis vor kurzem in der NSDAP einen erfreulichen Bundesgenossen im politischen Kampfe gegen das herrschende System, gegen Bonzen- und Parteibuchbesitztum befaßen, doch heute sei über die verantwortlichen Führer dieser Partei der Zahlenrausch gekommen und man träume in ihr von der alleinigen Machtergreifung. Unklugweise habe sie sich sogar in Verhandlungen mit den Mittelparteien, mit dem ihr an Hunger Parteilichkeit überlegenem Zentrum eingelassen. Dieses Tötelrecht mit dem Zentrum werde der Partei wohl teuer zu stehen kommen. Heute werde von der NSDAP die Regierung der „Reinen Leute“, einst auf Parteibefehl toleriert, mit Worten bekämpft, die man dem Vortage der bisher bekämpften Novemberparteien entnommen habe. Aus dem Kampfenossen von Harzburg, wo einst das Wort fiel: „Recht ist, wer die Front verläßt“, wurde so ein erbitterter Gegner. Der einst lauteste Ruf im Kampfe gegen die „Parteidonnerschlag“ verlange sie heute für sich selbst. Die erbitterte Gegnerin des Parteibuchbesitzes habe heute in den Händen, wo sie an der Macht (Beispiel von Oldenburg) selbst Parteibuchbesitzerin ist. Einmal habe sie den Parlamentarismus bekämpft, heute kammere sie sich über wie alle anderen an ihn. Einst bekämpfte man das Zentrum, heute gebe man mit ihm Arm in Arm, und wäre sogar bereit gewesen, zusammen mit ihm zu regieren. Lediglich um eines Machtanspruches der Führer willen habe man die harte Pille verlossen und sogar das Unrecht sei gelassen, daß eine nationale Partei eine nationale Regierung im Reichstag am Sprechen verhindert habe. Die Deutschnationale Volkspartei gebe auch nicht in allen Dingen mit Papen einig, aber trotzdem stelle sie sich in den Grundgedanken seines Programmes hinter ihn. Gleich ihm verlange sie eine Stärkung Deutschlands nach außen und im Innern scheine ihr die Durchführung des Badenischen Wirtschaftsprogrammes momentan das Gezielteste. Man schenke ihm Vertrauen und es werde sicher zum Erfolge führen. Wer wünsche und wolle, daß Deutschland von einer von Parteihaber und von Parteilinteressen unabhängigen Regierung geführt werde, der wähle Deutschnational. Wer das Vaterland über die Partei stelle, dessen Ruf gelte nicht einem einzelnen Führer, dessen Ruf gelte Deutschland.“ — Eröffnet und beschlossen wurde die Versammlung von Fabrikant Kurt Kessler aus Calmbach.

Wetterbericht: Im Norden liegt eine starke Depression, über Spanien Hochdruck. Für Mittwoch und Donnerstag ist unbeständiges Wetter zu erwarten.

Arnbach, 24. Okt. (Vom Gemeinderat.) Für den freien Arbeitsdienst wird die Beschaffung verschiedener Wertzeuge für die Gewinnung von Steinen und Anschaffung mehrerer Sandkarren genehmigt. Ueber die evtl. Verwendung eines Rollbahngeländes soll später entschieden werden, wenn die notwendigen Steine gewonnen sind. Die Gewinnung der notwendigen Steine für den durch den freien Arbeitsdienst herzustellenden Waldweg bereitet gewisse Schwierigkeiten, doch kann angenommen werden, daß so viele Steine gewonnen werden können, daß wenigstens der Weg, der besonders mit Langholz befahren wird, so hergerichtet werden kann, daß er den gewünschten Anforderungen entspricht. — Schon vor einiger Zeit wurde der Erwerb eines Steinbruchs durch die Gemeinde angestrebt, um für die Wohlfahrtsverbände Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Obwohl zweifellos feststeht, daß die Gemeinde daraus einen besonderen Vorteil nicht hat, so ist der Gemeinderat grundsätzlich für die Erwerbung eines entsprechenden Grundstückes. Es ist anzunehmen, daß es gelingen wird, ein geeignetes Grundstück ausfindig zu machen und zu erwerben. — Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der achten Notverordnung des Reichs. Staatsministeriums zur Förderung der Haushalte der Gemeinden vom 11. Oktober 1932 betr. die Erhebung der Bürgersteuer 1933. Hiernach ist auch die hiesige Gemeinde zur Erhebung der Bürgersteuer verpflichtet, was vom Gemeinderat mit gemäßigten Gefühlen aufgenommen und bedauert wird. — Der Vorsteher macht dem Gemeinderat Mitteilung von der Wirkung der Steuererhöhung und hält den Gemeinderat an, auch seinerseits dafür einzustehen, daß die in Frage kommenden Steuerpflichtigen von der eben nun bestehenden Einrichtung Gebrauch machen. — Die Ausbreitung von 7-800 Fm. Langholz wurden in Afford vergeben. Da dem Gemeinderat die verlangten Preise zu hoch erschienen, verlagte er dem Afford die Genehmigung. Es wird ein Preis von 50 Prozent der hiesigen Rinsäge als den derzeitigen Verhältnissen entsprechend festgesetzt. — Der Vorschlag für 1932 steht wiederholt zur Beratung und wird festgesetzt. Wie auch anderweitig, so ergibt sich auch hier ein Abmangel, über dessen Deckung der Gemeinderat zu beschließen hat. Davon ausgehend, daß der Bevölkerung nicht immer noch neue Lasten aufgelegt werden können, vermag der Gemeinderat sich nicht zur Erhebung einer Gemeindefumlage zu entschließen. Durch Redireinschlag von Holz soll der Abmangel gedeckt, und soweit notwendig, um die erforderliche Genehmigung nachgesucht werden. Es ist zwar bei den derzeitigen Verhältnissen nicht zu empfehlen, den Holzmarkt durch Redireinschlag von Holz zu belasten und auch aus ökonomischen Gründen nicht besonders ratsam. Was will aber letzten Endes eine Gemeinde, die ausschließlich auf den Erlös ihres Waldes angewiesen ist, machen, da es nicht möglich ist, den Anfall an Holzermittlungen durch Steuern zu decken. — Der Vorsteher berichtet noch über die Versammlung des Waldbesitzerverbandes am 21. Oktober in Neuenbürg, über die im „Entzler“ bereits berichtet wurde. Leider konnten die Vertreter der waldbesitzenden Gemeinden nicht Erscheines nach Hause nehmen, ja es hat eher den Anschein, als ob die Lage für die waldbesitzenden Gemeinden noch verschlechtert würde. Und das trotz der schon jahrelangen Hilfeleistungen des Waldbesitzes. Die von der Reichsregierung erst in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen bringen wohl kaum die so dringend notwendige Besserung.



Gemüse schmecken wirklich besser mit MAGGI'S Würze
Wenige Tropfen genügen

Virkenfeld, 24. Okt. Wie anderwärts, so soll auch hier in der kommenden Woche eine Sammlung zu Gunsten der hiesigen Winterhilfe veranstaltet werden, wobei Geld, Gutscheine, Kleider, Naturalien usw. entgegengenommen werden. Es wird gebeten, die Sammler freundlich aufzunehmen und in Anbetracht der Dringlichkeit das Unternehmen nach Möglichkeit zu unterstützen. In dankenswerter Weise haben sich auch die hiesigen Vereine durch wohlthätige Veranstaltungen in diesen Liebesdienst gestellt.

Virkenfeld, 24. Okt. Zu Gunsten der Winterhilfe veranstaltete die Sängerschaft des 1. FC. Virkenfeld am gestrigen Sonntag abend in der Kirche ein Wohltätigkeitskonzert, das sich eines sehr zahlrei-

Die Eisenbauern

Roman von Rudolf Utsch
(Copyright 1931 by Verlag Alfred Bockhold in Braunschweig)

54. Fortsetzung.

Und die mächtigen Linden vor dem Hause schüttelten den Schnee von ihrem lahlen Geäst. Der Wind sang in ihren Zweigen.

Wieder fiel sein Blick auf die erleuchteten Fenster der Stube.

Lebte seine Mutter überhaupt noch? ... Ein Angestricheltes schürzte ihm fast die Kniele zu.

Konnte sie nicht schon längst gestorben sein? ... War es nicht möglich, daß sie auch schon auf dem Kirchhof neben dem Onkel ruhte? ... Was sollte er tun, wenn dort, in seinem Vaterhaus, schon andere Menschen wohnten — auf seinem Grund und Boden? ...

„O Gott, trafe mich, wie du willst, aber laß dies nicht sein!“ jammerte er.

Er mußte mit Gewalt an sich zurückhalten, sonst wäre er bei dem Gedanken ins Haus gestürzt.

Vorsichtig näherte er sich dem Haus. Nur einen Blick wollte er werfen in die erleuchtete Stube. Wie ein Dieb schlüch er durch den hohen Schnee, ängstlich jedes Geräusch vermeidend. Dann erreichte er ein Fenster und lugte mit weit gerundeten Augen durch den Spalt zwischen Vorhang und Fenstereinfassung.

Ein leiser, unterdrückter Schrei entfuhr seinem Munde. Sein Körper zitterte heftig, sein Blick wurde starr, kampfhaft umfaßte seine linke Hand die Fensterrahmen.

Der Onkel — der Onkel! ... Halbersticht kamen die Worte aus seinem Munde.

In der großen Stube der Linken war es mäßig warm. Luftig knisterte ein Feuer in dem breiten Kachelofen. Auf dem Boden stand, bis an die Decke ragend, ein Tannenbaum. Auf dem Tische daneben lag allerlei Bierat in kleinen Kartons. Heinrichs Mutter und die Hilde schmückten den Tannenbaum.

In dem Sessel neben dem Ofen saß breit und behaglich der Schulze und rauchte seine Pfeife. Ihm gegenüber hatte der alte Förster Platz genommen, der auch mit Behagen

dichte Tabakwolken in die Luft paffte, aber auch kräftig dem Glühwein zusprach, der auf dem Tische stand.

Der Förster und seine Tochter hatten in den letzten Jahren stets den Weihnachtsabend bei Heinrichs Mutter verbracht. Der Schulze und seine Schwester luden sie stets ein, damit sie diesen Abend nicht so einsam zu verbringen brauchten. Gerade am Weihnachtsabend fühlt man diese Einsamkeit sehr.

„So, nun ist der Baum fertig!“ sagte Heinrichs Mutter und betrachtete mit Wohlgefallen den Christbaum, während Hilde den übriggebliebenen Baumstumpf vom Tische räumte.

„Da habt ihr ein Meisterwerk vollbracht“, verlegte der Förster, „der Baum ist herrlich, nicht wahr, Schulze?“

„Er ist wirklich sehr schön!“ urteilte der Schulze und nickte mit dem Kopfe. Die Frauen lächelten zufrieden, das Lob der Männer tat ihnen wohl.

Heinrichs Mutter sah gedankenvoll in den goldig und silber glühenden Baum. Allmählich verwandelte sich ihr Gesicht, die Heiterkeit ihrer Züge machte einer tiefen Traurigkeit Platz. Sie senkte leicht.

„Du denkst nun wieder an den Heiner, nicht wahr?“ fragte ihr Bruder.

Und nun entwickelte sich ein Gespräch, das sieben Jahre hindurch dasselbe geblieben war.

„Ja, wenn ich den Baum so vor mir sehe, denke ich immer an ihn. Dann kann ich mir ihn noch so gut vorstellen, wie er als Kind war...“

Die anderen nickten, und Hilde senkte den Kopf. Tiefes Schweigen trat für eine Zeitlang ein, das endlich der Schulze brach:

„Wo sollte er nun sein? ... Wo mag er umherirren? ... Er glaubt wahrhaftig, er habe mich tödlich getroffen. Wenn er doch nur einmal geschrieben hätte. Aber nichts, kein Lebenszeichen in den langen Jahren.“

„Ob er noch lebt?“ fragte die Mutter und schaute gedankenvoll an dem Tannenbaum vorbei ins Leere.

Wählig erhob sich der Dadel des Försters hinter dem Ofen. Er reckte sich, knurrte und begann laut zu belien.

„Was fällt dir ein, Waldmann!“ fuhr ihn der Förster an. „Blickst du gleich rubig sein!“

Doch das Tier kümmerte sich nicht um den Befehl. Der Dadel lief zur Tür und heulte noch lauter.

„Na, warte, Freunde, ich werde dir helfen!“ schimpfte der Förster.

„Ich hörte etwas vor dem Hause“, sagte die Hilde leise und erschrocken.

Der Schulze erhob sich rasch, trat ans Fenster und öffnete es. Als er hinausschaute, gewahrte er eine dunkle Gestalt neben einer Linde. Erhaucht sah er ins Zimmer zurück.

„Drüben steht jemand!“

„Ein Mann?“ fragte Heinrichs Mutter erschrocken den Bruder.

Der Schulze antwortete nicht, sondern ging hinaus auf den Hof und rief die Haustüre auf. Der Dadel schoß laut bellend an ihm vorbei in den Schnee.

„Wer ist da?“

Als keine Antwort erfolgte, schritt er auf die Gestalt zu. Der Förster und die beiden Frauen kamen in die Haustüre und blickten gespannt hinaus.

Der Schulze erreichte den Mann. Er lehnte an dem Stamm der Linde, hatte mit einer Hand das Gesicht bedeckt und schluchzte. Friedrich zupfte ihn am Mantel und fragte mitteilsvoll:

„Was fehlt Ihnen? Ist Ihnen etwas passiert?“

Auf einmal fuhr er zurück. Die Pfeife entfiel ihm und verfiel im Schnee. Er zitterte am ganzen Leibe.

„Mein Gott!“

Die drei im Eingang machten entsetzte Miene.

„Wer ist es?“ fragte Heinrichs Mutter mit bebender und ahnungsvoller Stimme.

„Der Heiner ist es, Heine!“

Die Mutter schrie laut auf und eilte durch den Schnee zur Linde.

„Heiner, mein Sohn!“ tönte es durch den stillen und weißwolken Abend.

Heinrich stellte sich nun aufrecht. Leise und liebevoll flüsterte er: „Mutter!“

Sie stürzte auf ihn zu, faßte ihn mit zitternden Händen am Mantelkragen und fragte hastig und schnell:

„Heiner, bist du's wirklich?“

Er schlang seinen linken Arm um sie und drückte sie fest an seine Brust.

„Ich bin es wirklich, liebe Mutter!“

Dann gab er sie wieder frei und starrte auf den regungslos dahastenden Onkel. Von neuem kürzten Tränen über seine Wangen.

„Mutter, bin ich kein — Mörder? Habe ich ihn nicht getötet? ... Dort — dort...“

Die Mutter schlang beide Arme um seinen Hals.

„Nein, Heiner, du hast nicht getötet!“

(Fortsetzung folgt.)

den... des... eig... um... ab... to... eil... Ber... De... rin... ge... er... nes... tot... ber... doch... nen... mit... er... in... die... Ur... hat... des... ge... von... über... is... er... über... nicht... sch... da... sch... ma... den... sten... n... gen... fest... Be... g... Ge... der... den... ung... blag... die... ist... den... und... Was... auf... nicht... zu... un... en... über... nicht... den... ver... f... in... um... hier... der... Gut... den... und... R... f... sch... ungen... e... r... ein... drei... f... uete... sch... halt... den... auf... laut... zu... stre... dem... bed... r... ang... und... zu... zur... und... für... and... den... e... f... ung... fe... ht... ge... (at.)

den... des... eig... um... ab... to... eil... Ber... De... rin... ge... er... nes... tot... ber... doch... nen... mit... er... in... die... Ur... hat... des... ge... von... über... is... er... über... nicht... sch... da... sch... ma... den... auf... nicht... zu... un... en... über... nicht... den... ver... f... in... um... hier... der... Gut... den... und... R... f... sch... ungen... e... r... ein... drei... f... uete... sch... halt... den... auf... laut... zu... stre... dem... bed... r... ang... und... zu... zur... und... für... and... den... e... f... ung... fe... ht... ge... (at.)

Höfen a. Eng. 24. Okt. Unter dem Vorsitz von Fabrikant Hans Metzger fand gestern abend 8 Uhr in der „Sonne“ eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Höfen, statt, die von über 60 Personen und damit gut besucht war. Der Redner des Abends, Rechtsanwalt Hirtzel aus Stuttgart, Landesvorsitzender der Partei, sprach über das Thema „Warum nochmals wählen?“ Er führte u. a. etwa folgendes aus: Es sei wohl zu verstehen, wenn mancher Staatsbürger angesichts der im letzten Jahr stattgefundenen Wahlen wahlmüde sei. Das sei aber kein Grund, der Wahlurne fern zu bleiben, wo es sich doch darum handelt, das, was noch an Kraft im Volk vorhanden ist, zu retten. Die Wahl würde veranlaßt durch die bekannten Vorgänge, die zur Auflösung des Reichstags geführt haben. Die Deutschnationalen haben an und für sich nichts mit der Regierung Papen zu tun und auch keinen Grund, sich hinter diese zu stellen. Wenn sie aber dennoch versinkt, die Regierung Papen zu stützen, so nur im Hinblick auf das Vertrauen, das der Reichspräsident ihr geschenkt habe. Dabei aber wird die Partei versuchen, Mängel in den Maßnahmen der Regierung usw. zu beheben. Hinsichtlich der auswärtigen Politik kann man der jetzigen Regierung nicht beistimmen, daß sie bereits einige Erfolge, wenn auch nicht ausschlaggebende, erzielt hat. Freilich hätte in Sachen Vereinigung der Reparationen, Durchführung des Youngplans mehr herausgeholt werden können. In der Frage der Gleichberechtigung, auf dem Gebiet unserer Wehrverfassung gibt es noch große Arbeit zu leisten. Kein Volk außer uns hat bis jetzt abgerüstet. Im Osten bestand und besteht die Gefahr, daß einmarschiert wird. Bedenken stehen wir da, haben kein Ansehen und genießen kein Vertrauen nach außen, was sich notwendigerweise ungünstig im Wirtschaftsleben auswirken muß. Diese Gefahren zu bannen, ist oberste Pflicht der deutschen Regierung. Das hat die Regierung Papen bis jetzt getan und wir hoffen, daß sie nach dieser Seite handhaft bleiben wird. Uebergehend auf die Regierung Brüning sagt der Redner, daß Brünings Verbindung mit der Sozialdemokratie Schuld daran ist, daß während der letzten Brünings seine ersprießliche Arbeit geleistet worden ist. Notverordnung auf Notverordnung brachte er heraus. Auch die Notverordnung Papens, die die Kürzung der Renten usw. brachte, war von Brüning vorbereitet und mußte vom heutigen Kanzler durchgeführt werden, weil alle Kassen leer und damit ganz gefährliche Zustände geschaffen worden sind. Diese Notverordnung ist von den Deutschnationalen nicht gebilligt worden und die Partei hat bereits auf Papen eingewirkt, daß die größten Härten gemildert werden oder die ganze Notverordnung aufgehoben wird. Brüning mag gute Absichten gehabt haben, aber jedenfalls hat er nicht die richtigen Wege beschritten und das Uebel nicht an der Wurzel gefaßt, so daß die Regierung Papen ein böses Erbe antreten müßte. Wenn nun Papen neue Wege vorschlägt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln (Steuererleichterungen usw.) und Arbeit zu beschaffen, so ist das ein ungeheurer schmerzliches Problem und ein gewagtes Experiment für die öffentliche Hand. Gerade in diesem Punkt wird die Regierung von der SPD auf heftigste angegriffen. Aber diese Weisung auch nichts Verrücktes an seine Stelle zu setzen. Auch die Verurteilung der Sozialdemokraten in dieser Hinsicht sind an den harten Tatsachen gescheitert. Die Einrichtungen Papens dagegen zeigen bereits eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und eine Senkung gewisser Steuern. Eine Stundensverlängerung durch Einführung der 40 Stundenwoche war nötig, jedoch ging die Lohnkürzung zu weit. Aber das zweite Verdienst der Regierung Papen besteht darin, daß sie den Sozialfall in Preußen — die Zustände, die sich unter der schwarzroten Koalition herausgebildet hatten — ausgeglichen und die Meinungen zwischen Preußen und Reich beilegt hat. Die feierlichen Regierungen sagen wir an, daß sie hier nichts getan, viel weniger erreicht haben. Die Absicht unseres Wahlkampfes geht deshalb dahin, daß das bisherige System nicht wiederkehrt, das wir unter dem Namen Marxismus zusammenfassen. Man nahm sich der Redner die Nationalsozialisten vor. Diese spielen sich plötzlich als Hüter des Parlamentarismus auf! Es ist ja gewiß nicht die Absicht ihres Führers Adolf Hitler, mit dem Zentrum zu partiiieren, denn er weiß genau, daß er von den geriebeneren Politikern Kaas und Konforten über die Köpfe halbirt würde. In seinen eigenen Reihen würde Streit entstehen und dieser würde sich zur größten Gefahr für das Volk auswachsen. Aber daß zwischen SPD und Zentrum Fäden gesponnen wurden und die SPD auch schon ins Horn der SPD und SPD geblasen hat, gibt zu denken. Der Redner wünscht, daß sich die Parteiführer wieder zusammenfinden möge. Er hofft ferner, daß Hitler die Richtung auf nationalem Wege nicht verliert wird. Zum Schluß sprach der Redner noch die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk seinen Glauben an bessere Zeiten nicht aufgeben möge, daß es sich auf sich selbst verlassen und sein Vertrauen auf seine Regierung nicht wegwerfen möge. Der Weg zum Aufstieg werde ein langsamer und dornenvoller sein und werde nur aus eigener Kraft und ohne Hilfe internationaler Völker gesehen können. Nach einer kurzen Aussprache schloß der Vorsitzende die anregend

verlaufene Versammlung mit einem Worte des Führers vom Stahlhelm: „Wir wollen nicht die die Macht im Staate, sondern wir wollen einen mächtigen Staat“.

Gesundheit und Heizung

Mit dem Eintritt herbstlicher Witterung hat der Kampf mit der Heizung begonnen. Ein wirklicher Kampf ist es bedauerlich, weil die Heizungsrichtung, welcher Art sie auch sein mag, zunächst bei der ersten Wiederbenutzung meist widerpenflich ist und Waden und Unarten aller Art zeitigt. Gegen eine unangenehme Trockenheit der Luft, die oft auftritt, kann man sich leicht durch Aufstellen von geeigneten Gefäßen mit Wasser auf den Heizkörpern helfen. Ueberhaupt ist bei jeder Art Heizung besonderer Wert zu legen auf einen genügenden Feuchtigkeitsgehalt der Luft. In trockene Luft erzeugt trotz hohen Wärmegrades sehr leicht ein unangenehmes Frösteln, weil die Verdunstung der natürlichen Hautfeuchtigkeit durch trockene Wärme stark gefördert wird und dann Verdunstungskälte entsteht. Das Ergebnis zu trockener Zimmerluft sind überheizte Räume, in denen man trotzdem nicht warm werden kann. Wenn dann die Heizung dort noch verstärkt wird, entsteht erhöhte Anfälligkeit der Bewohner gegenüber Erkältungskrankheiten. Daraus ergibt sich als Hauptregel beim Heizen; man Sorge stets für ein vernünftiges und richtiges Verhältnis zwischen Luftwärme und Luftfeuchtigkeit, das durch ein Hygrometer beurteilt werden kann. Neben die Luftwärme und die Luftfeuchtigkeit tritt die Luftreinheit als wesentliches Erfordernis für angenehmen und gefunden Aufenthalt in geschlossenen Räumen. Auch hier wird unendlich viel gefordert. Um die teure Heizwärme, namentlich bei Ofenheizung, nicht zu verlieren, hält man Türen und Fenster hermetisch verschlossen. Freilich leitet dann das Thermometer zu beängstigenden Höhen empor. Der Aufenthalt in solchen Räumen ist aber alles andere als angenehm oder gar gesundheitlich einwandfrei. Darum müssen geheizte Räume rechtzeitig und vernünftig gelüftet werden. Viele Leute scheuen sich davor, „Jug“ zu machen oder überhaupt kalte Luft in geheizte Räume zu lassen. „Jug“ hat durchaus nicht die ihm immer wieder nachgesagte Schädlichkeit, wenn er nicht lange Zeit und einseitig auf kleinere Körperbereiche einwirkt. Sonst müßte jeder, der bei starkem Wind über die Straße geht, stets totkrank nach Hause zurückkehren. Man kann also ruhig einmal kurze Zeit — etwa acht bis zehn Minuten — träftigen „Jug“ machen, um die Luft zu erneuern. Man soll und braucht sich aber nicht gerade in dieser Zeit in die Jugluft zu stellen. Natürlich kommt dabei kalte Luft in das Zimmer. Ist aber die Heizungsrichtung in Ordnung, dann wird diese kalte Jugluft sehr bald die durch den Anheizungsgrad der Heizungsrichtung bedingte und gewünschte Wärme annehmen.

Württemberg

Freudenstadt, 24. Okt. (Ausbau der Hornlegründe-Staatsstraße.) In Ende der verflochtenen Woche wurden laut „Greiner“ die Bauarbeiten zur Erstellung des letzten Stückes der Hochschwarzwaldbstraße, der Strecke Unterstätt—Breitenbrunn—Hornlegründe—Mummelsee—Hornlegründe in Angriff genommen. Die auszubauende Strecke verläuft durchweg auf einer Höhenlage zwischen 600 und 1100 Meter, so daß die Arbeiten besonders während des Winters schwierig sein dürften. Mit der Fertigstellung des erwähnten Bestandes bildet so dann die große „Hochschwarzwaldbstraße“ ein „geschlossenes Ganzes“. Sie verläuft von Karlsruhe unter der anfänglichen Bezeichnung „Schwarzwaldbachstraße“ über Ettlingen—Bühlersbach—Rieselsbach—Gaggenau nach Baden-Baden und wird hier in die sog. „Hochschwarzwaldbstraße“ überleitet, die über die Bühlershöhe—Sand—Unterstätt—Hornlegründe—Mummelsee den Anschluß an das schwäbische Hochschwarzwaldbgebiet nach Rastatt—Freudenstadt findet.

Waldberg, 24. Okt. (Verhängnisvolle Verwechslung.) Ein Mädchen von hier wollte sich mit schon angetrübtem Shampoo Kopf und Haare waschen. Die Schmelze, die ihr helfen sollte, nahm aber aus Versehen danebenstehende Lauge. Die Folge war, daß die Kopfhaut schrecklich zerkratzt wurde und der größte Teil der Haare ausfiel. Es mußte ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Stuttgart, 24. Oktober. (Besuch des Reichsarbeitsministers Dr. Schäffer bei der württ. Regierung.) Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer, der heute abend in der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft einen Vortrag hielt, hat aus diesem Anlaß der württ. Regierung heute mittag einen Besuch abgestattet.

Stuttgart, 24. Okt. (Die Kandidaten der Demokraten.) Der Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei für die Reichstagswahl nennt an vorderster Stelle folgende Namen: 1. Dr. Moier, Reichshold, württ. Wirtschaftsminister, Stuttgart, 2. Weingand, Eugen, Obersekretär, Stuttgart-Ostheim, 3. Krauß, Lucie, Gewerbespektorin, Stuttgart.

Stuttgart, 25. Okt. (Ein Stuttgarter in Völkchen ermordet.) Vor einem Jahr kam nach Stuttgart die Nachricht, daß der Stuttgarter Kaufmann Hans Scheel im bolivianischen Urmord zusammen mit der Wiener Kontoristin Irene Christen ermordet aufgefunden worden war. Man hatte damals einen Wiener Kaufmann namens Walter Kohn im Verdacht, die Mordtat aus Eifersucht begangen zu haben. Kohn wurde verhaftet und in La Paz wegen Doppelmordes zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Krophm Kohn dauernd gequält hatte, wurde er infolge eines Indigenenbeweises verurteilt, weil er gegen die beiden Ermordeten kurz vor Entdeckung der Tot gefäßliche Ausbeute gebraucht hatte, die von einem Eingeborenen der Polizei mitgeteilt worden. Wie jetzt aus La Paz gemeldet wird, gelang es den Verteidigern Kohns, den wahren Mörder zu finden. Es handelt sich um einen bolivianischen Gutbesitzer, in dessen Haus man noch die beiden Gemetel fand, mit denen Scheel und die Christen erschossen wurden. Kohn wurde darauf sofort aus der Strafhaft entlassen.

Stuttgart, 24. Okt. (Nochmals der Endersbacher Bankraub.) Zusammen mit den Arbeitern Viktor Schöle und Max Hoag von Wimmenden verübte der schon ganz erheblich vorbestrafte 43 Jahre alte geschiedene Friseur Adolf Störzer von Goldbach am 12. Dez. v. J. einen schweren Bankraub. Schöle, der sich in finanziellen Schwierigkeiten befand, war mit Hoag übereingekommen, sich durch einen Bankraub zu sanieren. Da sie selbst nicht über die nötige Erfahrung verfügten, ließen sie sich mit Störzer in Verbindung, der auch sofort auf ihren Plan einging. Als geeignetes Objekt wurde die Zweigstelle der Oberamtsparochiale Wäldlingen in Endersbach auserkoren. Störzer und Hoag drangen, als alle Vorbereitungen getroffen waren, mit geschwänzten Gesichtern in die Schalterräume ein und forderten die Beamten auf, das Geld herauszugeben. Gleichzeitig ging ein Schuß los, der eine solche Verwirrung herbeiführte, daß es den Räubern gelang, 2155 Mark an sich zu reißen und unbehelligt zu entkommen. Während Schöle und Hoag schon kurz darauf gefaßt und in Anschluß daran zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, gelang es Störzer, zunächst nach Berlin zu entkommen. Dort wurde er vor einigen Monaten aufgegriffen und nach Stuttgart verbracht. Er stand jetzt nachträglich vor der 4. Strafkammer beim Landgericht, wo er entsprechend dem Strafmaß des Staatsanwalts zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Choeruck verurteilt wurde.

Waldingen a. F., 24. Okt. (Schwerer Unfall zweier Blinden.) Sonntag abend liefen zwei Blinde, deren Begleiterin sie für einen Augenblick verlassen hatte, in der Kohlenstraße in die Straßenbahn hinein. Dabei erleidet der eine schwere Schürfwunden, während der andere unter den Wagen zu liegen kam und herangezogen werden mußte. Die Verletzten wurden sofort ins Marienhospital übergeführt.

Stetten am Heubühlberg, 24. Okt. (Eine alte Frau ermordet.) Seit Sonntag, den 16. Oktober ist die 63 Jahre alte

Witwe Sophie Bopp von hier abgängig. Sie wurde zuletzt in einer Schürer hinter ihrem Hause gesehen. Die Nachforschungen blieben zunächst erfolglos. Am Samstag vormittag wurde nun außerhalb des Dorfes an einem Bach das Kopfstück der Vermissten gefunden. Es war stark mit Blut getränkt. An ihm klebten einige weiße Kopshaare und etwas Spreuer. Da der Fund ein Verbrechen erkennen ließ, wurde die Heilbronner Kriminalpolizei nach Stetten gerufen. Die bis Sonntag früh ununterbrochen fortgesetzten Ermittlungen führten bereits zu einer weitgehenden Klärung des Falls. Es liegt einwandfrei Nord vor. Als der Tat bringend verdächtig wurde der 40 Jahre alte Landwirt und Totengräber August Rübinger in Stetten festgenommen, der Mitigentümer des Gebäudes ist, in dem die Witwe Bopp wohnte. Obgleich der Tat überführt, leugnet Rübinger, seine ebenfalls festgenommene Ehefrau hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Die Leiche der Bopp ist noch nicht gefunden.

Zu der großen Tat erfährt die „Neckar-Ztg.“ noch: Die Familie Rübinger, Mann, Frau und drei kleinere Kinder und die verschwundene Witwe Bopp, früher verheiratet in Oppau bei Ludwigschafen, bei der noch zwei erwachsene Söhne sind, wohnen im gleichen Hause, an dem jedes seines Anteil hat. In diesem Hause herrschte schon lange und oft Jank und Streit, wovon die Frau Bopp den größeren Anteil trug. Nach ihrer Ehe war früher schon wegen Unverträglichkeit geschieden worden. In dem vorliegenden Sonntag, seit dem die Frau vermisst wird, wurde allerdings ein Streit nicht bemerkt. Die Frau ist 60 Jahre alt und Invalidentrentnerin. Dem Rübinger wird bezüglich seines Charakters kein schlechtes Zeugnis ausgestellt, man traut ihm ein so graufiges Verbrechen nicht zu, zu dem ihn allerdings der ständige Streit und Jank im Hause getrieben haben könnte.

Vom Bayer. Wäld, 24. Okt. (Durch Reichsflinn ums Leben gekommen.) Der Landwirtssohn Heß von Hesterham hängte sich mit seinem Fahrrad an ein Pferdewerk. In der Nähe von Memmingen kam das Auto eines Kruges entgegen, das Heß erfasste und auf die Seite schleuderte. Er wurde so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus verstarb.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 24. Okt. (Landesproduktendörse.) Durch die günstige Witterung ist die Landwirtschaft mit Feldarbeiten in Anspruch genommen und das Angebot bleibt schwach. Andererseits wird über mangelnden Mehlabsatz geklagt. Die Preise sind etwas niedriger. Es notierten je 100 Kg.: württ. Weizen 20.50—21 (am 17. 10: 20.75 bis 21.25), Roggen 17.25—17.75 (17.50—18), Braugerste 18—20 (am 17. 10: 18.75—19.25), Futtergerste 16—16.50 (am 17. 10: 15.75—16.25), Weizenheu 3.75—4.25 (am 17. 10: 3.75—4.25), Kleehheu 4.50—5.50 (am 17. 10: 4.50—5.50), Stroh 2.80—3 (am 17. 10: 2.80—3.50), Weizenmehl 33—33.50 (33.50—34.10), Strotmehl 25 bis 25.50 (25.00—26.10), Mele 8—8.50 (8.25—8.75) Mk.

Vom Neckartal, 24. Okt. (Weinlese.) Die letzten prächtigen Oktobertage haben den Trauben ausgetan und die Weinlese begünstigt. Weinfahrwerk auf Weinfahrwerk befördert die edlen Tropfen des heurigen Jahrgangs an ihren Bestimmungsort und überall gibt's Neuen und vergnügliche Schläger. Auch auf den Feldern herrscht emliche Tätigkeit, um die Ähren zu bergen. Denn es hängt an ja „herbstlich“. Wem in allem ist der Landwirt mit den Erträgen des Jahres zufrieden.

Herbstnachrichten. Der Bergwein in Bellingen wurde zu 20 Mark pro Eimer verkauft. In Willibach ist die Lese beendet. Der Verkauf ist lebhaft zu 170—185 Mark pro Eimer. In Höflinsulz wurden Käufe zu 175—180 Mark abgeschlossen. In Mettingen ist die Lese in vollem Gang. Es wurden auch bereits Käufe zu 245 bis 255 Mark pro Eimer getätigt. In Reutlingen war die Weinlese am Samstag beendet. Die Weingärtnergenossenschaft hat beschlossen, als Richtpreis für das Hektoliter 70 Mark, also 210 Mark für den Eimer, gelten zu lassen.

Letzte Nachrichten

Stuttgart, 24. Okt. Der Sender in Freiburg soll auf die gleiche Welle wie Frankfurt gelegt werden. Aus technischen Gründen ist es unmöglich, den Sender in Mühlacker für diesen Zweck zu benutzen. Aus dieser Tatsache erklärt es sich wohl, daß in der letzten Zeit Gerüchte aufgetaucht sind, nach denen der Südfunk in Stuttgart aufgelöst und das gesamte Radioprogramm von Frankfurt aus gegeben würde. Dies entspricht, wie das „Stuttg. N. Tagbl.“ berichtet, den Tatsachen in seiner Weise. Selbstverständlich würde man in Württemberg nicht stillsitzen, wenn wirklich Absichten beständen, den Südfunk zu lastieren. Da aber solche Absichten bei den wirklich maßgebenden Stellen nicht vorhanden sind, so lag auch kein Grund vor, sich dagegen zu wehren.

Berlin, 24. Okt. Die Frist zur Einreichung der Reichswahlvorschläge ist am 23. Oktober abgelaufen. Beim Reichswahlleiter sind bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt 2 Reichswahlvorschläge eingereicht worden. Ueber die Zulassung entscheidet der Reichswahlprüfungsausschuß in seiner Sitzung am Dienstag.

Was man in Berlin meint

Die „Tägliche Rundschau“ ist der Ueberzeugung, daß die Lage der Reichsfinanzverwaltung Papen gefährlich sein und daß jeder Tag, den Papen über den 6. November im Amt bleibe, eine Verschärfung der künftigen Entwicklung bedeute. Das Blatt hält zwar nur einen Kanzlerwechsel, nicht einen Kurswechsel, für notwendig; aber eine künftige Regierung müßte Verantwortlichkeiten aus allen Lagern umfassen. Es ist, wie das Blatt selbst sagt, die Mischung von katolischen Konservatismus, abendländischem Kulturbewußtsein und privatkapitalistischer Ueberzeugung, die das Blatt zum Gegner dieses Kanzlers macht, der anscheinend bei der Sezanzierung aller „nationalen“ Kräfte die Männer um die „Tat“ nicht genügend berücksichtigt hat. Wer aber soll der Nachfolger Papens sein? In der „Welt am Montag“ wird berichtet, daß der Reichspräsident für Herrn v. Gual sei. Schleicher sei ein zu unrühmiger Kopf. Es würde ihm nichts schaden, wenn er erst einmal wieder in den aktiven Truppendienst zurücktrete.

Bierzweckkonferenz soll stattfinden

w. London, 24. Okt. In Erwiderung auf Fragen betreffend die geplante Vier-Mächte-Konferenz erklärte der Staatssekretär des Außenere, Sir John Simon, im Unterhaus, es sei bisher lediglich hinsichtlich des Konferenzortes zu seiner Verhändigung gekommen, aber die Regierung beabsichtige nicht, die Angelegenheit fallen zu lassen. Auf eine weitere Frage antwortete er, das Ziel der Regierung sei, daß in seinem Lande eine Wiederaufrüstung stattfinden.

Die Besprechungen des amerikanischen Delegierten bei der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, mit Macdonald und Sir John Simon dauerte fast zwei Stunden. Nach zuverlässigen Angaben legen Macdonald und Sir John Simon die Beratungen über die Möglichkeiten fort, das Wert der Abrüstungskonferenz noch einmal zu überprüfen, um die Etodung zu mildern, die dadurch entstanden ist, daß sich Deutschland von der Konferenz zurückzog. Norman Davis bemühte sich, Mittel und Wege zu finden, um den Gegensatz zwischen Dooovers Abrüstungsplan und den britischen Vorschlägen zu überbrücken. Die gegenwärtigen Besprechungen verläufen die Auffassung, daß man eine gemeinsame Erklärung der britischen und der amerikanischen Regierung in Erwägung zieht.

Der Zwangsversteigerungstermin Adolf Höfchle, Gipfers in Schwann am 27. Oktober 1932

findet nicht statt.

Neuenbürg, den 24. Oktober 1932.

Zwangsversteigerungskommissär:
Stv. Bezirksnotar Mahler.

Zwangs-Versteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, die besteht in Ansehung der auf Markung Calmbach belegenen, im Grundbuch von Calmbach Heft 15 Abteilung I Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 10 zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der

Anna Marie Barth, geb. Heugle, Witwe des Christian Friedrich Barth, Sägers in Calmbach, eingetragenen Grundstücke:

Gebäude Nr. 255: 2 a 64 qm Wohngebäude mit Hofraum mitten im Dorf.

Vorkriegswert und Festwert gemeinderätlich geschätzt am 13. Oktober 1932 zu 8500 RM.

Parz. Nr. 1045/1: 12 a 28 qm Wiese in der Bernh., geschätzt wie hievoo zu 300 RM.

Parz. Nr. 1046/1: 13 a 05 qm Wiese in der Bernh., geschätzt wie hievoo zu 350 RM.

Parz. Nr. 1713/1: 8 a — qm Acker, der Velmenacher, geschätzt wie hievoo zu 250 RM.

Parz. Nr. 1030/2: 8 a 63 qm Wiese in Altwiesen, geschätzt wie hievoo zu 250 RM.

Parz. Nr. 351/1: 7 a 26 qm Wiese in der Würzbach, geschätzt wie hievoo zu 200 RM.

Parz. Nr. 353/1: 22 a 83 qm Wiese in der Würzbach, geschätzt wie hievoo zu 550 RM.

Parz. Nr. 947/3: 23 a 18 qm Wiese in der Hörte in Altwiesen, geschätzt wie hievoo zu 1500 RM.

Parz. Nr. 1285/1 mit F.W. 18/5: 6 a 26 qm Wiese und Weg in Parz. Nr. 1285/1, in Eibiswiesen, geschätzt wie hievoo zu 200 RM.

insgesamt geschätzt zu 12100 RM.

sollen diese Grundstücke am

Mittwoch, 7. Dezember 1932,
nachmittags 2 Uhr 30 Minuten,

auf dem Rathaus in Calmbach, Sitzungssaal, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. August 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Wildbad, den 20. Oktober 1932.
Kommissär: Bezirksnotar Rathgeber.

Frauenarbeitschule Neuenbürg.

Beginn eines Winterkurses für Wäsche- und Kleidernähen: 1. November 1932.

Dauer des Kurses: 1. November—21. Dezember 1932.

Anmeldungen für Ganztags- und Halbtagschülerinnen werden bis Freitag, 28. Oktober, entgegengenommen.

Ankunft erteilt die Schulleitung.

Achtung! Hausfrauen!

Am Mittwoch abend 1/8 Uhr

Wasch-Vorführungen

im Gasth. „Schiff“ in Neuenbürg. (Hohl, das selbsttätige, ideale Waschmittel.) Wunde Finger oder Kopfwusch gibt es nicht mehr, weil Hohl mit Garantie v. RM. 1000.— ist frei von Chlor, Soda u. Wasser-glas. Nach einmaligem Kochen ohne Reiben, ohne Bürsten verschwinden selbst Flecken wie: Obst, Kakao, Rotweil, Blut, Linte usw.

Soll Deine Wäsche haltbar bleiben,
Dann wasch mit „Haki“ ohne Reiben!

Alle Hausfrauen ladet höflichst ein

Haki-Fabrik, Berghausen.

Bis zum 25. jeden Monats

muß der Briefträger die Bezugsgebühr für den kommenden Monat eingezogen haben.

Wollen Sie also keine verspätete Zustellung im Nov. und haben Sie vielleicht die Bezugs-erneuerung versäumt, so holen Sie dieselbe umgehend bei Ihrem Postamt oder auch bei Ihrem Briefträger nach. Eine Bestellung nach dem 25. eines Monats verursacht

20 Pfennig Verspätungsgebühr.

Neues aus unserem Erfrischungsraum!



1 Paar Wiener-Würstchen mit Kraut oder Brot 25A

1 Port. russische Eier mit Brot 35A

1 Paar Beefwürste mit gemildertem Salat 45A

1 Schweinerippchen (halb) mit Mayonnaisesalat 50A

1 Omelette mit Schinken 50A

2 Pastetchen gefüllt 50A

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
von 3-6 Uhr
KUNSTLER-KONZERT!

KNOPE
Pforzheim

Warum Konfektion?

Anzüge und Mäntel

von 60 M. an, feinste Maßarbeit, liefert

Alb. Keck, Schneidernstr., Neuenbürg.

Stoffe ab Fabrik.

Radio-

Anlagen
Reparaturen
Umtausch

einwandfrei und preiswert. Vorführung unverbindlich

Otto Becht, Radio-Fach-Ing.,
Birkenfeld, Bahnhofstr. 1, Tel. 4931.

Preise: 3 Röhren-Fernempfänger, je nach Fabrikat, Blaupunkt, Nora, Lorenz, 138.— bis 159.50 Mark.

Besonders günstig je ein gebr. 2 Röhren-Netz-Gerät für Gleich- und Wechselstrom, mit neuen Röhren und Lautsprecher 38.— Mark.

Morgen Mittwoch

großer

Kinder-Mantel-Tag

bei größter Auswahl,
zu niedrigsten Preisen

von Mk. **6⁵⁰** an.

E. Lederer & Co.
INH. JOHANNA GEIGER

PFORZHEIM, Bahnhofstr. 10 (am Leopoldplatz)
Das Spezialhaus für gute Damen- und Kinder-Kleidung

Neuenbürg.
Morgen



Schlachtpartie

bei
Wolfinger zur „Rose“.

Birkenfeld.

Bauplak

zu kaufen gesucht.

Gest. Angebote mit Preis unter Nr. 100 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

Zwangs-Versteigerung.

Es wird öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Mittwoch, 26. Okt., 13 Uhr, in Höfen:

46 Kilo Zelluloid-Stäbe,
20 Kilo Zelluloid-Platten,
1 Piano, 1 Zimmerbüfett,
1 Kredenz.

Zusammenkunft am Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle
Neuenbürg.

Leih-Ordner

Leih-Mappen
Metall-Locher
Briefwaagen
empfiehlt die

E. Meck'schen Buchhandlung.

Wer auf Propaganda verzichtet,
gleichet einem Manne ohne Wohnung;
niemand kann ihn finden.

Birkenfeld, den 23. Oktober 1932.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mir meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Tante und Schwägerin

Elsa Kirchherr

durch tödlichen Unfall im Alter von 28 Jahren jäh entziffen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Kirchherr mit Kind Reinhard.
Familie Kirchherr, Grumbach.
Familie Heingelmann, Straßenwart.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags um 1/4 Uhr statt.

Trauerhaus: Baumgartenstraße 61.

Neuenbürg/Herrenalb, 24. Oktober 1932.

Todes-Anzeige.

Mein geliebter Mann, unser treubeforgter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Albert Schuler

wurde uns im 48. Lebensjahre durch einen plötzlichen Tod entziffen.

In tiefem Leid:

Die Gattin: Marie Schuler, geb. Waidner,
mit Kindern und Anverwandten.

Beerdigung: Mittwoch nachmittags 1/4 Uhr
in Herrenalb.

Neuenbürg, 25. Oktober 1932.

Nachruf!

Am Sonntag abend wurde unser lieber Kollege

Albert Schuler

plötzlich aus unserer Mitte geriffen.

Wir verlieren in ihm einen pflichtgetreuen, jederzeit hilfsbereiten Freund und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Postkraftwagenführer des
Bezirks Neuenbürg.

Neuenbürg, den 25. Oktober 1932.

Nachruf!

Unser Mitglied und Vorstand des Gesamtverbandes, Ortsverwaltung Neuenbürg,

Albert Schuler

ist plötzlich aus unserer Mitte geriffen worden.

Wir verlieren in ihm einen guten und treuen Kollegen und werden ihm immer ein liebes Andenken bewahren.

Die Kollegen
der Ortsgruppe Neuenbürg.

Kriegerverein Neuenbürg.

Unser Kamerad Schuler wird morgen nachm. 1/4 Uhr in Herrenalb beerdigt.

Fahrgelegenheit mit Reichspostwagen. Abfahrt 2 Uhr.

Zahlreiche Beteiligung erbitet

die Vorstandschafft.

Zu der Beerdigung des Herrn Postkraftwagenführers

Albert Schuler

morgen Mittwoch mittags 1/4 Uhr in Herrenalb fährt ein

Reichspostkraftwagen

ab Marktplatz Neuenbürg um 2 Uhr. Anmeldungen beim Postamt erbeten. Ermäßigter Fahrpreis.

Holzkaufzettel

vorrätig in der
E. Meck'schen Buchhdlg.

Zwangs-Versteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Mittwoch den 26. Oktober 1932 vormittags 10 Uhr, in Feldrennach:

2 Trompeten, 1 Lyra, ein
Trommel, 1 Klarinette, 2
Noten und Notenständer,
1 Notenschränk, 1 Kommode

11 Uhr in Pfingweiler:

1 Leiterwagen.

13 Uhr in Conweiler:

1 Zimmerbüfett, 1 Schreib-
tisch mit Rolladen, 1 Sofa

Donnerstag den 27. Oktober

1932, 1/23 Uhr, in Rottenhof:

1 Bild, 1 Herrenmantel.

16 Uhr in Döbel:

1 Zimmerbüfett, 1 Kraut-
ständer.

Zusammenkunft jeweils beim

Rathaus, in Pfingweiler beim

Schulhaus.

Gerichtsvollzieherstelle
Herrenalb.